

Semesterticket



Mehr Geld für mehr Semesterticket: das Land kürzt Zuschüsse beim Ausbildungsverkehr – zum gestiegenen Preis gibt's zusätzliche Funktionen

Seite 2

Politik



37 Flüchtlinge sind wie so viele auf dem Weg nach Europa aufgegriffen worden – ihnen sicherten jedoch die „Retter“ Aufmerksamkeit

Seite 3

Hochschule

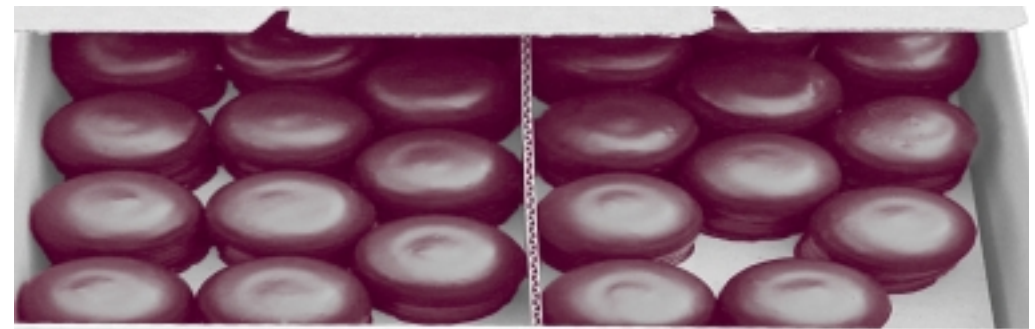


Mitgliederversammlung beim DAAD: Internationalisierung ist vor allem dann gut, wenn die Leute Geld mitbringen

Seite 2



<http://www.bo-alternativ.de>



Onkel Janis Plauderstunde Heute: Gremienwahlen

Einmal im Semester dürfen die Studierenden der RUB ihren demokratischen Mitbestimmungsrechten folgen und eine Stimme abgeben. Im Wintersemester mit großem Brimborium, hartem Wahlkampf und handfesten Auseinandersetzungen gibt es Wahlen für das Studierendenparlament und im Sommer, meist doch eher unbeachtet und ruhig ablaufend, für die studentischen GremienvertreterInnen.

Den Gremien, damit sind die Fakultätsräte, der Senat und der erweiterte Senat gemeint, haftet, wenn überhaupt bekannt, ein eher verstaubtes Image an. Sicherlich sind diese auch mehr von

lang(weiligen) Sitzungen, Papierbergen von Unterlagen über Ordnungen und Gesetze oder von ausführlichen Berichten über die

jüngste Kostenentwicklung der Drittmittelerwerb in Abhängigkeit der Vortragsquantität nach Studienzeit am Lehrstuhl Siedlungswasserwirtschaft und Umwelttechnik geprägt. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Gremien wichtige Zielvorgaben für Lehre und Forschung vorgegeben werden. Hier wird über Studien- und Prüfungsordnungen entschieden oder darüber, wer als zukünftige Professorin oder Professor an die RUB berufen wird. Und, ganz wichtig, wird in den Gremien über die Vergabe der zur Verfügung stehenden Geldmittel an der Uni/Fakultät entschieden. Im Gegensatz zum AstA, der eine übergeordnete Interessensvertretung aller Studierenden einer Universität ist, sind die studentischen VertreterInnen in den Gremien gemeinsam mit den Angehörigen der anderen universitären Statusgruppen an den oben genannten Entscheidungen beteiligt. Die vier Statusgruppen, das sind: ProfessorInnen, die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, die VertreterInnen des Personals aus Medizin, Technik und Verwaltung und die Studierenden. Daher auch der Name Gruppenuniversität, wobei in allen Gremien die ProfessorInnen die absolute Mehrheit an Stimmen haben müssen.

Da, wo entschieden wird

Die fachliche Nähe der zu treffenden Entscheidungen legt es gerade auf Fakultätssebene nahe, dass hier fast ausschließlich Aktive aus den Fachschaften kandidieren. Persönliche Erfahrungen und Interesse an den Entwicklungen des eigenen Fachbereichs und die Möglichkeit zur Organisation über den Fachschaftsrat gewährleisten eine effektive Interessensvertretung. Gelegentlich entwickelt sich daraus auch ein Interesse an den übergeordneten Entscheidungen oder allgemein an der Hochschulpolitik, so dass einige sich entscheiden, VertreterIn im Senat und den dazugehörigen Kommissionen zu werden. Um zu gewährleisten, dass dieses Potential gesichert ist, wurde vor Jahren die Liste VV, als unabhängige Liste der Fachschaften gegründet. Dies geschah, um vor allem von den hochschulpolitischen Listen, die sich jährlich im Wintersemester um die Sitze im Studierendenparlament balgen, unabhängig zu sein. Die Zusammenfassung der KandidatInnen in eine Liste soll die studentische Geschlossenheit gegenüber den anderen Statusgruppen demonstrieren. Bis auf eigentlich eine Ausnahme gab es auch lange Zeit unter den politischen Listen den stillschweigenden Konsens, diese Unabhängigkeit zu wahren und auf eigene Kandidaturen für die Gremien zu verzichten. Das dieser Konsens bei den diesjährigen Wahlen unangekündigt aufgebrochen wurde, ist bedauerlich, aber vorerst folgenlos geblieben. Bei den Senatswahlen konnte sich die Liste VV in allen Wahlkreisen durchsetzen (siehe Tabelle).

J.R.

Manchmal helfen Gewerkschaften Mehr Geld für studentische Hilfskräfte

Am Mittwoch, den 7. Juli trafen sich interessierte Studierende zu einem Vortrag, der Möglichkeiten zur Verbesserung von studentischen Arbeitsverhältnissen aufzeigte.

Der Referent bot einen Einblick in die bisherige Arbeit der bundesweiten Tarifinitiative und informierte über die Möglichkeiten für Studierende, ihre Arbeitsverhältnisse erheblich zu verbessern. Ein Vergleich mit Berlin förderte Überraschendes zutage. So erhalten dort angestellte Studierende einen Mindestlohn von 10,62 Euro. Dem steht im Rest der Republik ein Höchstlohn von 8,02 Euro an Unis bzw. von 5,58 Euro an der FH entgegen. Dieser darf jedoch von den Unis nach Gutdünken unterlaufen werden.

Ebenfalls erstaunlich waren andere Berliner Tarifvertragsbestandteile. Die KommilitonInnen in der Hauptstadt dürfen sich über 31 Tage Urlaub, über Weihnachtsgeld, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und eine 6-wöchige Kündigungsfrist zum Monatsende freuen.

Ein grosser Pluspunkt ist die garantierte Mindestlaufzeit von vier Semestern und 40 Stunden im Monat. Damit kann jeder arbeitende Studi über zwei Jahre mit einem regelmäßigen Einkommen rechnen.

Ich will das auch, was kann ich tun?

Gerade die TutorInnen unter den Hilfskräften werden solche Vorstellungen paradiesisch erscheinen, denn die garantierte Mindestlaufzeit des Vertrages würde sie vor der Panik bewahren, ob sie im nächsten Semester noch eine Stelle haben oder nicht. Die Chancen auf einen solchen Tarifvertrag stehen nicht schlecht. Die Gewerkschaften verdi und GEW haben studentische Hilfskräfte explizit in ihre Forderungen bei der Neuverhandlung des Bundesangestelltentarifs aufgenommen, so dass im Januar bei den Verhandlungen erstmals auch studentische Interessen Teil der Verhandlungsmasse sind.

Für Studis, die nicht unmittelbar in Forschung und Lehre beschäftigt sind, gilt der Tarifvertrag sogar schon. Das bedeutet, dass all diejenigen, die in Bibliotheken, Rechenzentren und anderen Dienstleistungseinrichtungen arbeiten, ein Anrecht auf tarifgerechte Bezahlung haben. Geschenk gibt es nichts. Und auch dort, wo die Hochschulen den

StudentInnen BAT-Verträge anbieten, schummeln sie oft bei der Einstufung in die richtige Vergütungsgruppe. Den Anspruch muss jeder selbst geltend machen. Die Gewerkschaften helfen den studentischen Beschäftigten bei der Geltendmachung, überprüfen, ob die Eingruppierung richtig ist und unterstützen jeden Einzelnen bei einem möglichen Rechtsstreit. Alle, die noch keine Gewerkschaftsmitglieder sind, sollten dies möglichst bald werden, um diese Palette von Unterstützung erhalten zu können. Für Hochschulen sind GEW und verdi zuständig.

Bei weiteren Fragen kann im AstA-Referat für Hochschulpolitik (SH 010, Tel. 32-27413) geholfen werden. Ebenso sind weitere Aktionen in Vorbereitung, an deren Planung sich studentische Hilfskräfte gerne beteiligen dürfen. Auch dafür kann man sich bei uns melden.

Michael Trube,
AstA-Referat für Hochschulpolitik



Umsonst essen in Bochum

Neben Infoständen der Parteien und dem teuren GastroTreff auf dem Dr. Ruer-Platz verteilt am vergangenen Samstag die Gruppe *Food not Bombs Bochum* am Husemannplatz leckeres veganes Essen gratis an die Bochumerinnen und Bochumer. Zahlreiche Menschen nahmen das Essen dankbar an, zeigten sich interessiert und diskutierten über Freiräume, Solidarität und veganes Essen. Als weniger verständnisvoll erwies sich dagegen das Bochumer Ordnungssamt, dass nach ca. einer Stunde in Form zweier humorvoller männlicher Beamter auftauchte. „Ihr wollt die Leute nur vergiften“, war die etwas verwirrt anmutende Argumentation der Behördenvertreter. Selbst bei den anwesenden PassantInnen führte das kompromisslose Vorgehen der Bochumer Stadtbeamten nur zu Unverständnis. Da aber auch der Topf schnell leer war, die Diskussionen mit dem Ordnungssamt konfliktgeladener wurden und um der angeordneten Personalienfeststellung zu entgehen, wurde der Stand fix abgebaut und alle verstreuten sich. Daran konnte auch die kurze und spontane Sitzblockade des Ordnungsmenschen auf dem Bierisch nichts ändern.

Food not Bombs verteilt jeden 1. und 3. Sonntag des Monats ab 18.00 Uhr im Wagen (Walbaumweg, gegenüber dem Bahnhof Langendreer) gratis veganes Essen.

Geokick 2004

Nach dem Motto „Schönwetterfussball kann jeder!“ fand am Freitag, den 9. Juli, der 2. Open mixed Geokick auf dem mit mittlerweile eher limnischen Sedimenten überzogenen Bolzplatz hinter GA statt. Insgesamt versuchten sich 17 Teams auf dem wahrscheinlich bereits unbespielbaren Platz, der anfangs noch nur kleine Wasserflächen zeigte. Jedoch bereits vor Abschluss der Vorrunde war das Verhältnis von Niederschlag und Versickerung so ungünstig geworden, dass Gummistiefel die adäquate Fußbekleidung gewesen wären. So etwa ab dem Viertelfinale konnte ein handelsüblicher Lederfußball soviel von dem Gemisch aus Wasser und der Dispersionsfracht aus tonigen bis schluffigen Lockersedimenten verdrängen, dass die horizontale Bewegung des Balles eher als schwimmend charakterisiert werden konnte. Aber das ganze Turnier wurde natürlich trotzdem bis zum Ende durchgezogen und das Finale konnte erneut der Vorjahressieger Vollposten Katar gegen Klappspaten für sich entscheiden. Die dritten Plätze teilen sich Deportivo GEOrilla mit dem 1.FC Stalingrad 1:5. Der FR Geo dankt allen SpielerInnen, dass sie so lange durchgehalten haben. Am jenem Freitag fielen übrigens ungefähr 25 Prozent des gesamten handelsüblichen Juli-Niederschlags.

Politischer Urlaub in Israel

Für Anfang August plant das *Nürnberger Institut für NS-Forschung und jüdische Geschichte* des 20. Jahrhunderts eine Bildungsreise nach Israel.

Ein Hauptziel des gemeinnützigen Instituts ist es, die kommenden zehn Jahre, in denen Holocaust-ZeitzeugInnen noch aus erster Hand über Aspekte der Shoah Auskunft geben können, für Interviews zu nutzen. Darüber hinaus verfügen die OrganisatorInnen über breite Kontakte zur israelischen Zivilgesellschaft, insbesondere zu der Friedensorganisation *Peace Now*. Schwerpunkte des Programms bilden die Shoah und der israelisch-palästinensische Konflikt.

Bisher sind besonders folgende Programmpunkte geplant, wobei es je nach Situation zu Abweichungen kommen kann:

- Besuch des „Peace Now“-Büros in der German Colony (Thema: Siedlungsbau).
- Sofern es die Situation erlaubt: Fahrt ins Flüchtlingslager Daheische bei Bethlehem und dann weiter nach Hebron, in dessen Zentrum 200 israelische Siedler von 2000 Soldaten bewacht und umgeben von 100.000 PalästinenserInnen leben.
- Fahrt zu dem gerade im Bau befindlichen „Sicherheitszaun“.
- Fahrt zum Kibbutz der GhettokämpferInnen bei Akko (nördlich von Haifa), dort ein anderthalb Tagesseminar zum Thema: „Jüdischer Widerstand“ mit ZeitzeugInnen und Kibbutzführung.
- Besuch des „Palastinian MediaWatch“, einer israelischen Organisation, die primär antisemitische Inhalte in den PA Medien und Schulbüchern dokumentiert.

Nähere Informationen und Anmeldung unter bagbi@gmx.net.

Verhandlungen zu Semesterticket abgeschlossen Semesterticket soll teurer, aber auch besser werden

Immmer wieder stören die derzeitigen Landes- oder Bundesregierungen empfindlich mit ihren „Sozialreformen“. Nach den Studiengebühren, der Praxisgebühr und sonstigen Einschnitten sorgt nun das Koch-Steinbrück-Papier für zusätzliche finanzielle Belastungen. Um Weihnachten ausgebrütet, im Frühjahr von den Parlamenten verabschiedet, sind bereits in diesem Sommer die Folgen spürbar.

Wenn die Exekutiven Geld sparen oder eine neue Einnahmequelle erschließen, kann ein Gesetzgebungsverfahren schon mal recht schnell gehen. Die Fördergelder für den öffentlichen Ausbildungsverkehr werden gekürzt. Insgesamt 20 Millionen Euro jährlich spart das Land bei SchülerInnen, Azubis und Studierenden ein. Dies schlägt sich in einer Verteuerung des Semestertickets ab SoSe 2005 nieder. Der derzeitige Preis von 11,38 Euro monatlich wird, wenn die Studierenden-schaften zustimmen, ab dem SoSe 2005 auf 13,33 Euro ansteigen. Eine Verteuerung, die komplett den Ministerpräsidenten von NRW und Hessen zu verdanken ist. In den Verhandlungen zwischen dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) und den Ästen konnte aber das Schlimmste verhindert werden. Die Kürzungen werden nun nicht mehr komplett auf die Studierenden umgelegt. Darüber hinaus wurden die Verhandlungen bereits unter der Prämisse geführt, dass etliche Studierende in Folge der 650 Euro Studiengeldern ihr Studium vorzeitig werden abbrechen müssen.

Steigerung von fast 40% verhindert

Von den anfangs im Raum stehenden 95 Euro ist man mittlerweile runter, teurer wird es trotzdem. Dafür konnten ein paar Erweiterungen des Tickets erreicht werden. Der neue Semesterpreis von 79,95 Euro (zum Vergleich: Für das WiSe 04/05 lag der Beitrag bei 68,28 Euro) bleibt für zwei Jahre stabil, so dass die Preiserhöhung zum SoSe 2006 wegfällt. Und es gibt zwei neue Zusatzfunktionen, die in

den Verhandlungen erreicht werden konnten. So wird endlich eine alte Forderung des Bochumer AstA umgesetzt.

Ab SoSe 2005 darf ein Fahrrad ohne Zusatzticket mitgenommen werden, wie mit dem Ticket 2000. Zum anderen kann man dann an Werktagen ab 19 Uhr, an Wochenenden und Feiertagen einen weiteren Liebling-mensch, der kein Ticket hat, mitfahren lassen. Bisher kostete das Rad jeweils 1,70 Euro und der Lieblingmensch musste je nach Strecke bis zu 7,50 Euro zahlen. Insofern bleibt die Preiserhöhung um knapp 2 Euro doch eher moderat. Somit können die nicht immer ganz einfachen Verhandlungen, unter deutlicher Beteiligung des Bochumer AstA, mit dem VRR als ein Erfolg angesehen werden.

Urabstimmung am Anfang des Wintersemesters

Die anderen Ausbildungstickets steigen prozentual weniger stark an. Sich nun darüber zu beschweren, dass SchülerInnen und Azubis, die größtenteils finanziell noch schlechter gestellt sind als Studierende, weniger belastet werden, wäre schlichtweg unsolidarisch. Deren Tickets sind schon jetzt viel teurer und teilweise nur für ein Stadtgebiet gültig. Versuche, zumindest die SchülerInnen an das studentische Solidarmodell anzubinden und somit für alle billiger zu machen, liefen leider ins Leere.

Diese Preiserhöhung stellt eine Veränderung des bisherigen Vertrages

zwischen der Studierendenschaft der Ruhr-Uni Bochum und dem VRR dar. In solchen Fällen ist vorgesehen, dass eine Urabstimmung über die geplanten Änderungen entscheidet.

Diese wird es zum Beginn des WiSe 04/05 geben müssen. Dann muss ihr entscheiden, ob das Ticket mit den neuen Erweiterungen immer noch von einer Mehrheit der Studierenden an der RUB als sinnvolle Einrichtung angesehen wird.

Wann gilt es endlich NRW-weit?

Insbesondere der Bochumer AstA treibt die Entwicklung hin zu einem NRW-weiten Semesterticket voran. Leider brems hier zur Zeit wieder die rot-grüne Landesregierung, denn finanzielle Mittel für eine statistische Erhebung für die Preisermittlung bleiben den Verkehrsunternehmen versagt. Dabei wird hierfür viel weniger Geld benötigt als durch die Kürzungen der Fördergelder und der Langzeitgebühren gespart wird. Außerdem besteht seitens der Verkehrs-betriebe durchaus Interesse, ein NRW-weites Solidarmodell einzuführen. Aber so läuft es halt, bekommt das Land etwas, geht es auf einmal sehr schnell. Werden relativ geringfügige Geldbeträge benötigt, um sinnvolle Projekte anzuschließen, setzt sich eine langwierige Bürokratie in Gang. Die studentischen Forderungen beinhalten leider nur ein günstiges Ticket für viele und nicht den Meteorapad. Der hätte zwar die Profilneurosen einiger Politikerinnen und Politiker bedient und immerhin eine theoretische Fahrzeitverkürzung von sechs Minuten zwischen Dortmund und Düsseldorf laut Fahrplan verschafft, aber sonst nix.

Markus Brüne, AstA-Referent für Hochschulpolitik und Ökologie

Internationalisierung, Sprachkurse und Co DAAD, das unbekannte Wesen

Dass studentische Interessensvertretung auch über die eigene Universität hinaus stattfindet, wird von den wenigsten Studierenden wahrgenommen. Um die Notwendigkeit einer überregionalen Vertretung deutlich zu machen, sei hier auf die Mitgliederversammlung des Deutschen Akademischen Austausch-Dienstes – kurz DAAD – hingewiesen.

Einmal jährlich lädt der DAAD seine Mitglieder – dazu zählen momentan 231 Hochschulen und 128 Studierendenschaften – zu einer großen Versammlung nach Bonn ein, um Bericht über das vergangene Jahr zu geben und Positionspapiere für die Zukunft zu beschließen.

Was macht der DAAD?

Doch was genau ist der DAAD und wofür ist er zuständig? Als gemeinsame Einrichtung der Hochschulen, hat der DAAD die Aufgabe, die akademischen Beziehungen mit dem Ausland vor allem durch den Austausch von Studierenden und WissenschaftlerInnen zu fördern. Finanziert wird das ganze Vorhaben überwiegend aus Geldern des Bundes und der EU.

Wie in den vergangenen Jahren fand zwecks gemeinsamer Positionierung ein studentisches Treffen am Vortag statt. Eingeladen wurde hierzu vom Bundesverband Ausländischer Studierender (BAS) und dem fsz (freier Zusammenschluss von StudentInnen-schaften, dem Dachverband der deutschen Studierendenschaften).

Internationalisierung der Hochschulen

Angesichts wichtiger Punkte wie dem Aktionsprogramm zur Internationalisierung der Hochschulen des DAAD bis 2008 und einem Bericht zu Sprachkursangeboten an deutschen Hochschulen ist eine Vernetzung der Studierendenschaften nicht nur wichtig, sondern auch zwingend notwendig.

So wurde auf der Mitgliederversammlung beschlossen, eine ausführliche Debatte mit den Hochschulen und Studierenden über die Zukunft der Internationalisierung der Hochschulen zu führen. Eine Vorlage des DAAD-Vorstands zum Aktionsprogramm „Die internationale Hochschule“ wurde dabei ausführlich diskutiert. Dieses Aktionsprogramm soll die Leitlinien für die Arbeit der nächsten Jahre abstecken. In der studentischen Kritik stand vor allem die geplante Erhebung von Betreuungsgebühren für ausländische Studierende. Aufgrund der kurzfristigen Vorlage dieses Papiers wurde auf Drängen der Studierenden und vieler Hochschulen das Papier nicht als Leitlinie, sondern als Diskussionsgrundlage verabschiedet.

Dabei konnten die studentischen VertreterInnen erreichen, dass Passagen gestrichen wurden, die auf eine Kostenbeteiligung von ausländischen Studierenden hinaus wollten. So konnten wie bereits im letzten Jahr deutliche Akzente gesetzt werden.

Sprachkurse bald überall gebührenpflichtig?

Letztes Jahr hatten die Studierendenschaften auf der DAAD-MV eine Erhebung zu den Sprachkursangeboten an den Hochschulen gefordert. Die Zwischenergebnisse wurden am Freitag bekannt gegeben und zeigen, dass eine Entwicklung in Richtung gebührenpflichtiger Sprachkurse sehr deutlich ist. So erheben bereits jetzt 52 % aller deutschen Hochschulen Gebühren für die studienvorbereitenden Deutschkurse, von den übrigen 48 % plant etwa die Hälfte (47 %) die Einführung von

Gebühren.

Das Zwischenergebnis und die Aussagen einiger RektorInnen verdeutlichen sehr gut den hochschulpolitischen Kurs, der momentan gefahren wird. Soll doch in Zukunft nur noch denjenigen AusländerInnen ein Studium in Deutschland ermöglicht werden, die auch kräftig dafür bezahlen können.

Selbst der Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austausch-Dienstes, Christian Bode, plädiert dafür, das kostenlose Studium langfristig abzuschaffen. In einem Beitrag für die ZEIT schrieb Bode letztes Jahr, Deutschland könne im internationalen Wettbewerb um ausländische Studenten in Zukunft nur mithalten, „wenn zur Kostendeckung angemessene Studiengeldern herangezogen werden“.

DAAD und Gebühren

Frei nach dem Motto, was nichts kostet kann auch nicht gut sein, werden hier immer wieder Vergleiche mit dem angelsächsischen Hochschulsystem gezogen, das allerdings neben Studiengeldern über ein gut funktionierendes Stipendiensystem verfügt und viel weniger selektiv ist als das deutsche Bildungswesen.

Gerade in Hinblick auf das Aktionsprogramm zeigt die Erhebung eine bedauerliche Entwicklung, die Sprachkurse an den Hochschulen müssen gebührenfrei angeboten werden, um allen Studierenden eine Teilnahme zu ermöglichen. Eine Internationalisierung der Hochschulen kann wohl kaum durch die Schaffung von finanziellen Hürden geschehen.

Vor welche Probleme ausländische Studierende durch die Erhebung von Sprachkursgebühren gestellt werden, wird am Beispiel der Ruhrgebiets-Universitäten sehr deutlich (siehe auch bsz 633, 634). Während immer mehr Studierende die sozialen Beratungsstellen aufsuchen, scheint die Zahl der ausländischen StudienbewerberInnen nach neuesten Bewerbungszahlen rückläufig zu sein.

Jonas Spiegel
AstA-Vorsitzender



**Studienkreis Film präsentiert:
Gegen die Wand**

D 2004
R.+B.: Faith Akin. D.: Birol Ünel, Sibel Kekilli, Catrin Striebeck. 121 Min.
18.00 und 21.00 Uhr, HZO 20

**Friedenspolitische Halbzeit 2004:
was war und was muss bewegt werden?**

Ref.: Dr. Peter Strutynski, Kassel, Sprecher Friedensratschlag (angefr.)
19.30 Uhr, Arbeitslosenzentrum Dortmund, Leopoldstraße 16-20

Friedens-Plenum

19.30 Uhr, Bahnhof. Langendreer, Raum 6

**Studienkreis Film präsentiert:
Elephant**

USA 2003
R.+B.: Gus Van Sant. D.: Alex Frost, Eric Deulen, John Robinson, Elias McConnell. 81 Min.
18.00 und 20.30 Uhr, HZO 20

**Globalisierung, Krieg und die Lage
der Frauen in Zeiten des Empire**

Ref.: Ellen Diederich, Frauenfriedensarchiv Oberhausen, Linkes Bündnis Dortmund
19 Uhr, Keuninghaus, Dortmund

**Wohnst du noch oder ziehst
du schon um?**

Arbeitslosigkeit – Sozialhilfe – Wohnungsverlust – Soziallums – alles nur eine Frage der Zeit? mit Helmut Schimanski, Sozialforum Dortmund und Aichard Hoffmann, Mieterverein Bochum
19.30 Uhr, ver.di-Bochum, Universitätsstraße 76, Saal B

**Antisemitismus von links:
Vom „Judas“ zum „Judenkapital“**

Antisemitische Denkformen in der KPD der Weimarer Republik, 1919-1933
Vortrag und Diskussion mit Olaf Kistenmacher
19.30 Uhr Uni Duisburg, LK 061, Lotharstr. 65

**Kein Mensch ist illegal –
kein Mensch ist eine Ware**

Die Krefelder Ausländerbehörde ist weit über Krefeld hinaus bekannt für ihr Null-Toleranz Praxis. In den Wohnheimen herrschen Zustände unter aller Sau und sie sind oft überbelegt. Das wollen wir nicht hinnehmen und rufen daher zur Demonstration gegen staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus auf. Wir fordern einen generellen Abschiebestopp, Abschaffung der Residenzpflicht, ein würdiges Leben für alle, Gleichbehandlung aller hier lebenden Menschen und einiges mehr.
14.00 Uhr, Krefeld, Hbf.

**Irak: gegen die Besatzung
– Solidarität mit wem?**

mit Brigitte Kiechle
19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Raum 6

**Friedenspolitische Halbzeit 2004:
Was war und was muss bewegt werden?**

Ref.: Dr. Peter Strutynski, Kassel, Sprecher Friedensratschlag (angefr.)
19.30 Uhr, Arbeitslosenzentrum Dortmund, Leopoldstraße 16-20

**Studienkreis Film präsentiert:
Schock**

I 1977
R.: Mario Bava. D.: Daria Nicolodi, John Steiner, David Colin Jr.. 95 Min.
18.00 und 20.30 Uhr, HZO 20

Streitfall Sperrzaun

Der Sperrzaun, den die Regierung Israels momentan bauen lässt, wird sowohl in der Region als auch in Deutschland kontrovers diskutiert.
Vortrag und Diskussion mit Simon Wunder
19.30 Uhr Uni Duisburg, LK 061, Lotharstr. 65

Flüchtlingsdrama? Flüchtlingssoap! Spring vom Kap der guten Hoffnung

Leid tun sie einem schon, diese leicht verzweifelt dreinschauenden Boatpeople, die Montag das Schiff, das sie von ihrem Boot rettete, endlich verlassen durften. Wenigstens gehen sie keiner unsicheren Zukunft mehr entgegen. Sie sind hier, also bei uns – Deutschland und Italien nehmen sich das nichts – nicht erwünscht, werden bald rückgeführt. Dass sie das „Zuhause“ auch nicht wahren, machte sie zu Flüchtlingen. Es war allerdings das Sommerloch, unter dem wir Westeuropäer grad in vergleichbarem Ausmaß leiden, dass aus ihrem Elend ein Drama produzierte. Ein Flüchtlingsdrama.



Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, wieso Menschen im sudanesischen Darfur alles aufgeben und sich auf eine teure, lebensgefährliche und unsichere Reise in den Westen bzw. Norden aufmachen. Hunger, Not, Elend und Krieg wären z.B. mögliche Gründe. Die 37 Menschen, die im Moment wahrscheinlich in einem italienischen Lager sitzen, hatten auf ihrer Flucht noch Glück im Unglück. Immerhin wurden sie aus Seenot gerettet, als ihr Boot unterging. Nicht zu unterschätzen sind auch die drei Wochen an Bord der weltbekannten Cap Anamur, die ihnen zu einer Art Prominenz verholfen haben. Von deutschen Ärzten gerettet, angeblich vom deutschen Innenminister, der sonst eigentlich die „Grenzen der Belastbarkeit“ überschritten sieht, unterstützt, was sollte da noch schiefgehen?

Festung Europa

Jetzt im Lager haben sie ihren Promi-Bonus allerdings wieder verloren. Sie sind einfach wieder Flüchtlinge, „illegal“ und unerwünscht. (dpa: „Nach Angaben des Bundesinnenministeriums haben sie in Deutschland so gut wie keine Aussichten, Asyl zu erhalten.“)

Letzlich sind sie, wie zehntausende andere jedes Jahr mit ihnen, Opfer der westeuropäischen

Fluchtabwehr geworden. So ist der Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt mit einem exterritorialen Internierungslager für Flüchtlinge ausgestattet. Einreisende Flüchtlinge werden in der Transitzone inhaftiert, bis die zuständige Behörde über ihren Asylantrag bzw. ihre Einreise entschieden hat; jährlich werden vom Flughafen aus mehr als 10.000 Menschen, oft unter Anwendung physischer Gewalt, abgeschoben.

Ganz anders präsentiert sich der Flughafen in der Öffentlichkeit: als Drehscheibe für Waren aus aller Welt, als interkulturelle Begegnungstätte mit globalem Flair. Gerade dieser Kontrast zwischen globaler Mobilität von Menschen und Gütern auf der einen Seite und der Abschottung des Schengen-Territoriums auf der anderen Seite, macht den speziellen Charme EU-Europas aus.

Schwimm oder stirb

Im Zeitraum vom 1. Januar 1993 bis zum 31. Dezember 2003 starben mindestens 145 Menschen auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen. Allein 113 davon an den deutschen Ost-Grenzen. 398 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübergang zum Teil erhebliche Verletzungen, davon 236 an den deutschen Ost-Grenzen.

121 Menschen töteten sich selbst angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben beim Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen. Allein 47 Flüchtlinge starben in Abschiebehaft. Mindestens 493 Flüchtlinge haben sich aus Verzweiflung oder Panik vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hunger-

streiks) selbst verletzt oder versuchten sich umzubringen und überlebten z.T. schwer verletzt. Davon befanden sich 329 Menschen in Abschiebehaft.

Während der Abschiebungen starben 5 Flüchtlinge; 234 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen während der Abschiebung verletzt. Abgeschoben in ihre Herkunftsländer kamen 21 Flüchtlinge zu Tode, mindestens 361 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär mißhandelt und gefoltert. Mindestens 57 Menschen verschwanden nach der Abschiebung spurlos. 10 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen in der BRD, mindestens 309 wurden verletzt. Damit kamen durch staatliche Maßnahmen der BRD 302 Flüchtlinge ums Leben – durch rassistische Übergriffe starben weitere 78 Flüchtlinge.

Dunkle Dunkelziffer

Dies waren nur Zahlen für Deutschland, und das war beileibe auch keine offizielle Statistik. Das war nur eine Zählung einer Antirassistischen Initiative, die deutsche Medien und BGS-Meldungen ausgewertet hat. Flüchtlinge, die nach ihrem Ertrinken am anderen Ufer angespült wurden, fehlen also.

Schätzungen für die Meeresenge von Gibraltar lassen befürchten, dass von den etwa 21.000 Menschen, die jedes Jahr eine Überfahrt wagen, nur 20.000 Spanien erreichen. Wer ertrinkt, kommt halt nicht ins Fernsehen. Und nach Europa schon gar nicht, ist es doch gerade die europäische Fluchtabwehr, die diese Menschen zwingt, ihr Leben auf Schlauchbooten und in Containern aufs Spiel zu setzen. Daran wird auch das Allheilmittel „Hilfe im Ursprungsland“ nichts ändern.

dek

Nicht willens oder einfach nicht fähig? Polizei unterstützt Anti-Antifa

Von NPD-Infotischen, Bochumer Polizisten, verlorenen Adressen, Baseballschlägern, Hitlergrüßen und anderen Straftaten

Am 12. Juni 2004 veranstaltete die NPD einen Infostand in der Bochumer Innenstadt. Einige AntifaschistInnen, die nicht hinnehmen wollten, dass die NPD wieder einmal gegen MigrantInnen und gegen den Neubau der Bochumer Synagoge hetzt, fanden sich am Stand ein und versuchten, die Nazis am Verteilen von Flugblättern zu hindern und den Stand mit einem Transparent zu verdecken. Als im Umfeld des Standes zwei Personen den Hitlergruß zeigten, was in Deutschland eine Straftat ist, erstattete eine Antifaschistin Anzeige. Vielleicht hätte sie das nicht tun sollen: Ein paar Tage später überreichte ihr ein Bekannter den Zettel, auf dem die Polizei ihre Personalien notiert hatte, mit dem Hinweis, dass er den in der Nähe des NPD-

Standes auf dem Boden gefunden habe. Ob es nun Absicht oder Schlamperie ist, dass die Polizei Adressen von AntifaschistInnen ausgerechnet neben NPD-Infotischen verliert, werden wir wohl nie erfahren. Die Antifaschistin hat inzwischen eine schriftliche Beschwerde eingereicht.

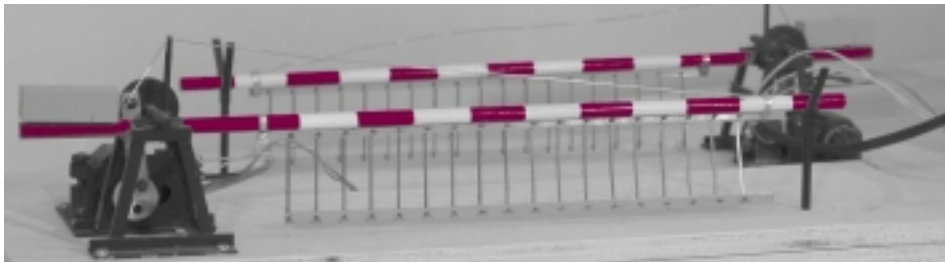
Fest steht allerdings, dass die Anti-Antifa solche Informationen systematisch sammelt, und dass bisweilen auch Listen mit Namen und Adressen politischer GegnerInnen und anderer mißliebiger Personen herausgegeben werden. Und offenbar sind die Nazis – wie dumm sie auch sonst sein mögen – dazu in der Lage, mit solchen Informationen kreativ umzugehen, was sie zuletzt



im Februar unter Beweis stellten, indem sie am Auto des Bochumer Rabbiners alle Reifen zerstochen und Hakenkreuze in den Lack ritzen. Man sollte es solchen Leuten vielleicht nicht ganz so einfach machen, ihre Feindkardateien auf den aktuellen Stand zu bringen.

Wenn die Polizei nicht willens oder nicht fähig ist, zu verhindern, dass in ihrem Besitz befindliche Adressen in die Hände von Nazis gelangen, sollten vielleicht doch Baseballschläger und nicht Anzeigen das bevorzugte Mittel sein, um gegen Nazis vorzugehen.

Aber auch damit ist die Bochumer Polizei nicht einverstanden. Als dieselbe Antifaschistin, deren Adresse verlorengelangen war, letzte Woche vom Staatsschutz wegen der Hitlergrüße als Zeugin vernommen werden sollte, wurde sie von einem Staatsschutz-Mitarbeiter angesprochen, es gebe da noch ein weiteres Verfahren; in dem sei sie aber nicht Zeugin, sondern Beschuldigte. Und da sie nun schon einmal da sei, könne sie dazu doch auch gleich aussagen. In der Tat, wie praktisch! Warum die Antifaschistin dieses großzügige Angebot ablehnte, ist der bsz nicht bekannt. Vielleicht gibt der Rechtshilferatgeber „Was tun, wenn's brennt?“ von der Roten Hilfe darüber Aufschluss (erhältlich beim Notstand, Raum SH 007). Vorgeworfen wurde der Antifaschistin nun Folgendes: Während des NPD-Infostandes soll sie einem Nazi einen Antifa-Aufkleber auf den Rücken geklebt haben, auf dem das Logo der amerikanischen Baseball-Liga zusammen mit einem Zitat von Woody Allen („Ich bevorzuge Baseballschläger“; in Bezug auf Antisemitismus) abgebildet ist. Die Polizei ist der Auffassung, dies sei ein Aufruf zu Straftaten. Mit so einem Unsinn beschäftigt sich die Polizei. Aber wenn Nazis tatsächliche Straftaten begehen, wie z.B. beim Nazi-Aufmarsch gegen den Neubau der Bochumer Synagoge vor zwei Wochen (die bsz berichtete), ist das nicht einmal halb so interessant. Aber wer hätte auch ernsthaft anderes von ihr erwartet?



:bszöde orte

Das Drei-Männer-Eck

Viele Menschen aus dem Münsterland fliehen nach ihrem Abitur gerne ins nahegelegene Ruhrgebiet, um der provinziellen Enge ihrer Dörfer zu entkommen. Dass sie dort allerdings kein großstädtischer Flair oder gar eine Weltstadt erwartet, dürften alle spätestens beim Einfahren in den Hauptbahnhof von Wanne-Eickel feststellen. Die eher bäuerlich anmutenden Verhältnisse auf diesem Bahnhof machen es MünsterländerInnen einfacher, sich in einer gleitenden Bewegung an die Ruhrgebietsumgebung zu gewöhnen.

Und kommt man nach einem Wochenendbesuch bei den Eltern oder anderen Verwandten hier an, fällt die Umgewöhnung sehr leicht. Am Bahnhof von Bösenell, Telgte oder Legden ist auch nicht weniger los. Dabei kann der Eickeler Bahnhof doch auf eine so lange und große Tradition zurückblicken. Nicht nur das Heinz Rühmann, einer der beliebtesten und somit unsympathischsten Volksschauspieler (und dieses Attribut hat er sich durch seine unkritische Haltung gegenüber dem NS-Regime redlich verdient) hier aufwuchs, seine Eltern betrieben sogar jahrelang den Gastronomiebetrieb am Wanner-Bahnhof. Nach Aussage von Rühmann gehörte es „zum guten Ton“, Samstagsabend oder Sonntagmittag zum Essen zu Rühmanns in die Bahnhofsgaststätte zu gehen.“ Ein Lob, das wahrlich kaum eine Bahnhofsgaststätte für sich verbuchen kann. Einfach Wahnsinn. Doch anstatt den Bahnhofsvorplatz nach Rühmanns Mutter zu benennen oder ihn zumindest „Heinz Rühmann seine Mutter ihr Platz“ zu betiteln, heißt der Vorplatz lediglich Heinz-Rühmann-Platz.

Früher einmal muss an diesem Bahnhof richtig was los gewesen sein. Der Verschiebebahnhof zählte mit mehr als 70 parallelen Gleisen und einer Länge von 4 km zu den größten des Ruhrgebietes und im Betriebswerk waren bis zu 123 Dampfloklokomotiven beheimatet: Wanne-Eickel galt als „Stadt der 1.000 Züge“. Aber mit dieser Herrlichkeit war es ab den 1960er Jahren vorbei. Die Motorisierungswelle ließ den Personenverkehr der Eisenbahn zurückgehen, während das „Zechensterben“ den Güterverkehr traf. Heute gibt es noch nicht einmal mehr ein Büdchen in Bahnhofsnähe, das den durstenden Reisenden Bier feilzubieten vermag. An all die alten Zeiten erinnert heute nur noch die Skulpturengruppe vor dem Bahnhof, eine Nachbildung eines unter dem Namen Drei-Männer-Eck bekannt gewordenen Denkmals, welche das heute fehlende Kio ersetzen kann. Mit dieser äußerst unansehnlichen Statue konnte das Motto der damaligen Umbaumaßnahmen „Der Bahnhof ist die Visitenkarte einer Stadt“ kaum besser getroffen werden. Schlichter und hübscher als die Bahnhofsprunkbauten in Leipzig oder der noch im Bau befindliche Berliner Stadtbahnhof, die simulieren sollen, dass es sich bei beiden Städten um Weltstädte handelt, ist der Bahnhof in Wanne aber dennoch. Schlichtheit als Eingeständnis der eigenen Unbedeutsamkeit. Ein sehr sympatischer Zug.



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Markus Brüne, Sven Ellmers, Jochen Kreusch, Jonas Spiegel
Redaktion dieser Ausgabe: Daniel Kloda (dek), Thilo Machotta (mac), Jan Reinecke (J.R.), Maria Christine Schulte (mc), Claus Witte (wc), Verena Witte (vw)
V.i.S.d.P.: Claus Witte (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckeri Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

Gar nicht erst rein oder schnell wieder raus Zuwanderungsgesetz reloaded

Was hier nach endloser Schlamm Schlacht beklatscht und von PolitikerInnen aller Couleur als Erfolg verkauft wird, ist der vollständige Niedergang eines Menschenrechtsverständnisses, das Aufenthaltsbegehren jenseits von nationalen Bereicherungserwägungen anerkennt.

Die Einschränkung des Ausländer- und Asylrechts und die damit einhergehende Verunmöglichung der Wahrnehmung von Menschenrechten ist ein mittlerweile alter Hut. Das neue Zuwanderungsrecht sollte eigentlich europäischen Mindeststandards Rechnung tragen, geliefert wurde nun genau das, was erwartet werden konnte.

Das Zuwanderungsgesetz soll die Einwanderung nach Deutschland künftig regeln. Am 1. März 2002 wird ein Entwurf vom Bundestag mit rot-grüner Mehrheit verabschiedet, musste jedoch als zustimmungsbedürftiges Gesetz noch den Bundesrat passieren. Das daraufhin folgende Debakel ist mittlerweile in die Annalen der Bundesverfassungsgerichtsbarkeit eingegangen: am 22. März stimmt der Bundesrat dem Gesetz in einem umstrittenen Abstimmungsverfahren zu, in welchem ein gegensätzliches Votum zweier brandenburgischer Landesminister erfolgte. Im Dezember 2002 wird das Gesetz aufgrund der Klagen von sechs unionsregierten Ländern durch das Bundesverfassungsgericht gestoppt, da dieses das Abstimmungsverfahren für ungültig erklärt. Der unveränderte Entwurf scheitert auch in zweiten Durchgang im Vermittlungsausschuss. Nach zähen Kompromissverhandlungen und ästhetischen Korrekturen ist es nun durchgeprügelt und wird im Januar nächsten Jahres in Kraft treten.

Kein Zufall ist, dass der mehrjährige Streit um die konkrete Ausgestaltung des Gesetzeswerkes immer deutlicher von Erwägungen um die innere Sicherheit geprägt war. Nach dem Anschlag von Madrid drehte sich bei den Kompromissbestrebungen nahezu alles um eine Verschärfung der Ausweisungs- und Abschieberegeln. Der konstruierte Zusammenhang zwischen der sicherheitspolitischen Lage und den Regelungen des Zuwanderungsgesetzes macht deutlich, was Geistes Kind das Ender-

gebnis letztendlich ist. Mit der Regelanfrage beim Verfassungsschutz feiert schlussendlich ein Instrumentarium sein Comeback, dass früher schon im Rahmen einer „Gesinnungsprüfung“ eingesetzt wurde, um vermeintlichen Feinden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, also KommunistInnen, den Zugang zu Ämtern des öffentlichen Dienstes zu verwehren.

Rechtsschutz stirbt „mit Sicherheit“

Vorgesehen sind überdies beschleunigte Abschiebemöglichkeiten aufgrund einer sogenannten „tatsachengestützten Gefährdungsprognose“. Die Ausgestaltung dieser Regelung spricht Bände über die Abstriche, die – geht es um die innere Sicherheit – hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit gemacht werden. Unter Zuständigkeit der Landesinnenminister findet eine zukünftige gerichtliche Überprüfung der Ausweisungsentscheidungen nunmehr nur noch vor einer Instanz statt, dem Bundesverwaltungsgericht, der Widerspruch gegen eine bevorstehende Abschiebung soll keine aufschiebende Wirkung mehr haben. Für die Fälle, dass Abschiebehindernisse, wie etwa Folter oder Todesstrafe im Zielland bestehen, sind Auflagen, wie Einschränkung der Kommunikations- und Bewegungsfreiheit sowie Meldevorschriften vorgesehen. Die Vorschläge aus Richtung der CDU/CSU, die die diskutierten Regelungen nicht weit genug gingen, Abschiebungen schon bei Verdacht zu ermöglichen (etwa beim Verbot extremistischer Organisationen) stieß auf künstliche Empörung seitens der Grünen und der FDP. Der effektive Unterschied zwischen der Forderung einer „Abschiebung bei Verdacht“ und dem Verfahren der „tatsachengestützten Gefährdungsprognose“ dürfte indes ein gradueller sein.

Ein weiterer Eckpunkt in Sachen Sicherheit ist die „Verpflichtung des Ausländers im Einbürgerungsverfahren zur Offenlegung von Vorstrafen, die aus einem rechtsstaatlichen Verfahren herrühren“, verbunden mit einer geplanten Warndatei auf europäischer oder nationaler Ebene. Die Unverblümtheit, flankiert von einer Diskussion um „Zuwanderung“ den Rechtsstaat ab- und den Sicherheitsstaat aufzurüsten, fällt ob des mittlerweile eingebürgerten Trends, Themenfelder miteinander zu verquicken, die nichts miteinander zu tun haben, nicht weiter ins Auge.

Das Zuwanderungsgesetz orientiert sich an unterschiedlichen Aufenthaltszwecken, den Aufenthaltszwecken der Ausbildung,

denen der Erwerbstätigkeit, denen des Aufenthaltes aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen, sowie den Aufenthaltszwecken aus familiären Gründen.

Künftig gibt es nur noch zwei Aufenthaltstitel, die befristete und die unbefristete Erlaubnis. Für den Bereich der sogenannten Arbeitsmigration sieht das Gesetz eine Steuerung nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes vor. Nicht-EU-AusländerInnen erhalten nur für die Fälle eine Arbeitserlaubnis, wenn für die freie Stelle weder Deutsche, noch EU-AusländerInnen zur Verfügung stehen. Selbständige dürfen zuwandern, falls ein „übergeordnetes wirtschaftliches oder regionales Interesse“ besteht, ein Anwerbestopp für gering qualifizierte bleibt bestehen.

Im Bereich des humanitären Rechts sollen Opfer nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung den Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Flüchtlingskommission erhalten. Bisher geduldete Bürgerkriegsflüchtlinge erhalten eine begrenzte Aufenthaltsgenehmigung, gleichzeitig wird die Kettenduldung abgeschafft, die bisher eine Verlängerung um jeweils ein Vierteljahr gebracht hat. Eine Duldung über den Zeitraum von 18 Monaten ist künftig nicht mehr vorgesehen. Eine besondere Härte bedeutet die Absenkung der Altersgrenze für den Kindernachzug von 16 auf 12 Jahren.

Im Vorfeld der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz wurde vor allem mit dem Schlagwort der „Integration“ für Akzeptanz geworben. Das, was Bundesinnenminister Schily als „Einstieg in die systematische Integrationspolitik“ begriffen wissen will, sieht in concreto nun so aus, dass Integrationskurse etabliert werden, die zunächst von „Neuzuwanderern“ verpflichtend zu besuchen sind – werden die Plätze nicht ausgeschöpft, können kurzerhand auch sogenannte „Bestandsausländer“ verpflichtet werden. Bei Weigerung des Besuches dieser Kurse, muss mit Leistungskürzungen gerechnet werden. All diese Maßnahmen machen deutlich, dass mit diesem Machwerk der Zugang von unerwünschten, weil nicht ausreichend „nutzbaren“, AusländerInnen erschwert oder gar verunmöglicht werden soll.

SPEISEPLAN

Gültig für die Woche vom Mi 14.7.2004 - Di 20.7.2004



QUERFORUM WEST, NB, HZO, GB-RONDELL				CAPETEN KALTE SNACKS & BRÖTCHEN
DIESE GERICHTE NUR IM QUERFORUM WEST		DIESES GERICHT IN Q-WEST, NB, HZO, GB-RONDELL	DIESES GERICHT NUR IN NB, HZO, GB-RONDELL	
MITTWOCH	(S) SCHWEINERÜCKENSTEAK mit Choronsöße, Kaisergemüse und Kartoffelgratin	(V) VEGETARISCHE HACKBÄLLCHEN mit Champignon Sahne Soße, Rothkohlsalat Vollkornreis	GEMÜSE-RAVIOLI mit Sahnesoße mit Schinkenstreifen, Rodeo- Mix mit Floridadressing	JEWELS AB 10:30 UHR Vitalbrötchen mit Camembert 1,20€
DONNERSTAG	SEELACHSFILET IM KNUSPERMANTEL mit Remouladensoße, Salat und Kartoffelsalat	(V) VEG. BRATWURST mit Barbecuesoße, Möhrenscheiben und Vollkornmudeln	RINDERGESCHNETZELT mit Rohkostsalat Makkaroni	Dönerstange... ... mit Feta 1,50€ ... mit Hähnchen 1,50€
FREITAG	PUTENSCHNITZEL mit Tomatenrahmsöße, Sommernemüse und Kartoffelecken	(V) BLÄTTERTEIGROLLE MIT RATATOUILLE mit Knoblauchsoße, Salat und Vollkorn-Sesam-Reis	PAELLA-PFANNE mit Tomaten-Zwiebelsalat	Laugenstange „Cordon Bleu“ 1,20€ Sesambrotchen mit Backfisch 1,40€
MONTAG	PUTENGESCHNETZELTES „MEXICO“ mit Kaisergemüse und Bunte Nudeln	KAROTTEN-RÖSTLING mit Kasekräutersoße, Salat und Vollkorn-Sesam-Reis	SPINAT-AUFLAUF mit Knoblauchsoße, Rahmgurkensalat	Pizza Bagle mit Thunfisch 1,60€ Mini-Baguettes mit Tofu 1,60€
DIENSTAG	(S) SCHWEINEROLADE HAUSRAUEN ART mit Senfrahmsöße, Sommernemüse und Sesam-Reis	GEMÜSELASAGNE mit Tomatensoße, Tomaten-Gurkensalat	NUDELPFANNE mit Hühnerfleisch und Asiasalat	Schlemmerfilet mit Kräutersoße, Mexikogemüse und Dillkartoffeln 1,00€
Zugelassene Zusatzstoffe: (1) mit Konservierungsstoff, (2) mit Antioxidationsmittel, (3) mit Farbstoff, (4) geschwefelt, (5) geschwärzt, (6) mit Phosphat, (7) mit Milcheiweiß, (8) mit Süßungsmittel, (9) mit Geschmacksverstärker, (10) enthält eine Phenylalaninquelle, (11) gewachst, (S) Schweinefleisch, (R) Rindfleisch, (A) Alkohol				

--- WWW.AKAFOE.DE ---

AKADEMISCHES FÖRDERUNGSWERK